

Kommentar

## Mit ihrer Kritik trifft Steinbach einen wunden Punkt der CDU

Mit Pauken und Trompeten, besser gesagt: mit Krawall, Krach und einem lauten Knall – wie anders sollte sich die CDU-Rechtsaußen Erika Steinbach von ihrer Partei verabschieden? Die Form dieses endgültigen Bruchs mit ihrer mehr als 40-jährigen politischen Heimat dürfte kaum jemanden in der CDU, schon gar nicht Parteichefin Angela Merkel, überrascht haben. Zu schrill waren die Töne, die Steinbach insbesondere seit der Debatte über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin ausgestoßen hat. Und so dürfte es nicht wenige in der CDU geben, die nach dem gemischten Abschiedsbrief der langjährigen Frankfurter Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen vor Erleichterung tief durchgeatmet haben.



Christian Kunst zum Austritt Erika Steinbachs aus der CDU

mals war diese mit dem Rechtsaußen Alfred Dregger verbunden. Genauso gab es in der CDU Raum für andere Strömungen wie den Wirtschaftsliberalen Friedrich Merz. Diese Figuren, zu denen eben auch eine nicht sehr geliebte Erika Steinbach gehörte, erfüllten gleich mehrere wichtige Funktionen: Sie hielten die Partei zusammen, indem sie die Extreme integrierten. Und sie machten die politische Agenda der Partei breit. Dadurch sorgten sie erstens dafür, dass es eine Abgrenzung nach rechts und links gab, und zweitens aber auch, dass besonders rechts von der CDU wenig Platz für andere Parteien blieb – außer der CSU. Die AfD – ein Sammelbecken besonders von konservativen Ex-Christdemokraten – nutzt diese Schwäche seit Monaten weidlich aus.

Insofern hat Erika Steinbach in ihrem Brandbrief einen äußerst wunden Punkt der CDU getroffen – auch wenn sie im Ton übers Ziel hinausgeschossen ist. Viele Konservative werden in diesem Superwahljahr noch still halten – mit geballter Faust. Bislang denken sie nur, was Steinbach wagt, offen auszusprechen. Doch wenn Merkel besonders in NRW und im Bund nicht liefern kann, dann wird Steinbachs Kritik flächendeckend auf die CDU-Chefin zurollen. Auch in Rheinland-Pfalz, wo Teile der Partei ihr bis heute vorwerfen, für das unerwartete Landtagswahlfiasco im vergangenen Jahr verantwortlich zu sein.

Wasserstraßen die WSV durchaus verfügt, würden jeweils als Gesamtplaner zumindest Kompetenz- und damit auch einige Terminalschwierigkeiten ersparen. Ist denn bei einem Hausbau auf eigenem Grund und Boden nicht auch dessen Eigentümer der Bauherr und somit selbst für alles zuständig und verantwortlich?

E-Mail: christian.kunst@rhein-zeitung.net

Leserbriefe

**Verkehr Der Bund hat den Etat für die Sanierung und den Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen kräftig aufgestockt – in einem für einige Länder zu hohen Tempo. Auch Rheinland-Pfalz kann etwa 31 Millionen Euro nicht abrufen.**

Dr. Martin Graf von Uxkull-Gyllenband, Koblenz

**Verkehr Das Land schafft 15 neue Blitzeranlagen an – und löst heftige Debatten aus.**

## „Heuchelei“

In jedem Bundesland existieren Richtlinien, wonach Geschwindigkeitsmessungen nur vor Schulen, Kindergärten, Altenheimen oder „Unfallschwerpunkten“ erfolgen sollen. Wenn man dort Blitzer aufstellen würde, lohnt sich das für den Fiskus nicht. Also ignorieren Polizei und Ordnungsbehörden diese Richtlinien und messen dort, wo die meisten Verstöße zu erwarten sind, weil es sich beispielsweise um gut ausgebaute Straßen außerhalb der Bebauung handelt und deshalb Tempolimits nicht nachvollziehbar sind. Es geht also nicht um Verkehrssicherheit, sondern um fiskalische Interessen und die Disziplinierung der Autofahrer zum blinden Gehorsam. Jeder weiß das. Trotzdem schämen sich die Politiker nicht, den Bürgern seit Jahrzehnten vorzuheucheln, Geschwindigkeitsmessungen dienten ausschließlich der Verkehrssicherheit.

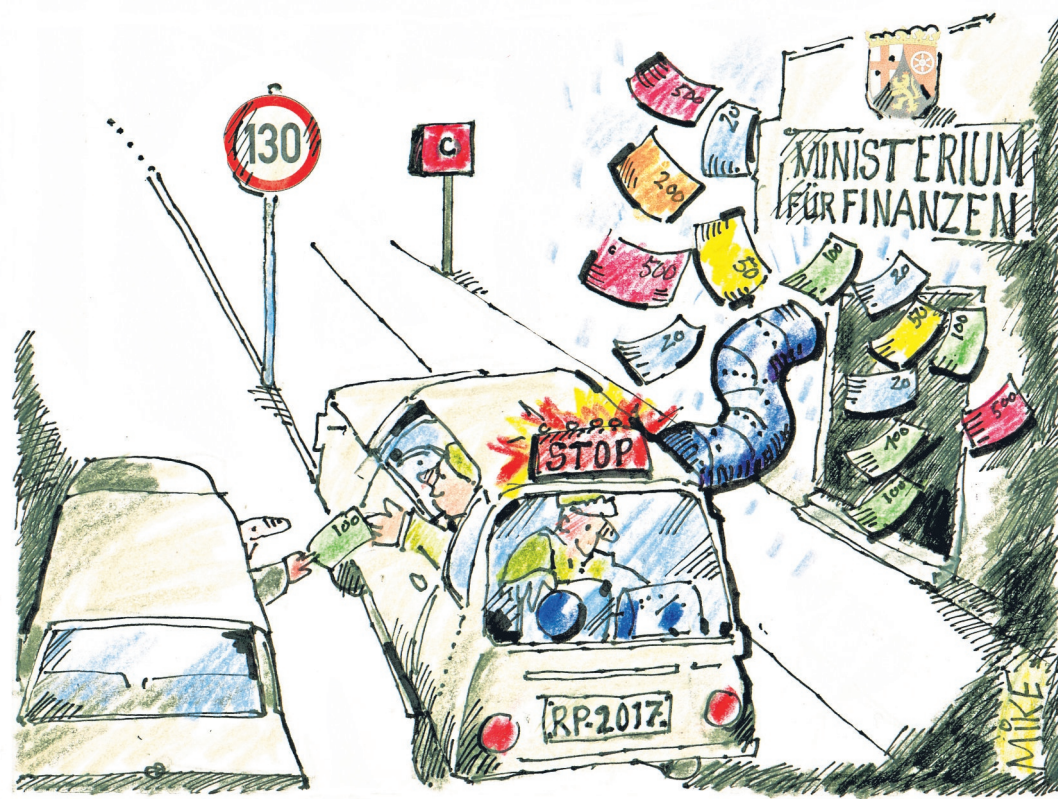
Manfred Klein-Ilbeck, Berod

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein Zeitung „Leserbriefe“ 56055 Koblenz Fax: 0261/892-122 leserbriefe@rhein-zeitung.net

Spitzen aus Rheinland-Pfalz von Mike Grunzke



Das Landesgeld liegt auf der Straße.

## Israels Gesellschaft steht am Scheideweg

Gastbeitrag Jerusalemer KAS-Chef will liberale Kräfte im Land stärken

Von unserem Gastautor Michael Borchard

Jerusalem. Der jüngste Terroranschlag hat erneut mit brutaler Härte deutlich gemacht, wie sehr die Sicherheit in Israel noch immer gefährdet ist. Der kaltblütige Anschlag wirft aber auch grundsätzliche Fragen für das deutsch-israelische Verhältnis auf. In „Leitmedien“ ist der israelischen Regierung kurz nach dem erschütternden Attentat das Recht abgesprochen worden, den Berliner mit dem Jerusalemer Anschlag zu vergleichen und der gleichen „Quelle“, dem Islamischen Staat, zuzuschreiben. Das Motiv Amris, so heißt es, sei ein anderes gewesen. Er habe mit seinem unbändigen Hass auf Ungläubige wahllos Zivilisten getötet, seine Tat geplant und kaltblütig ausgeführt und sei dann feige geflüchtet. Al Kunbar hingegen habe in Jerusalem spontan gehandelt und Soldaten getötet und dabei seinen eigenen Tod in Kauf genommen, um damit gegen die Besatzung seines Landes zu kämpfen.

### Es gibt keinen legitimen Terror

Diese Lesart ist mit Verlaub gesagt nicht nur sachlich falsch, sie ist abstoßend und brandgefährlich. Weil sie Terrorismus implizit rechtfertigt. Aber jede Gewaltanwendung jenseits des Gewaltmonopols des Staates, jenseits der Selbstverteidigung gegen eine unmittelbare Attacke, ist immer ein Angriff auf die Menschenwürde. Diese Kommentierung der Ereignisse in Israel weist auf eine schwierige Mischung hin: Einerseits betrachten die Deutschen die Komplexitäten vor Ort sehr oberflächlich, andererseits hält das viele aber nicht von hoher Meinungsfreude ab. Das Ergebnis: Es dominiert inzwischen die Polarisierung. Grautöne kommen nicht mehr vor.

Dieser Mangel an „Einfühlungsvermögen“ und an Sachkenntnis wird gerade bei der Beurteilung der Armee deutlich. Die vier Soldaten, die bei diesem Anschlag ums Leben gekommen sind, waren alle Wehrpflichtige, keine „Kombattanten“. Sie gehören einer Armee an, die im Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis in den allermeisten Fällen deeskalierend auftritt. Eine Armee, in der die Führungsschicht noch immer in sehr großen Teilen der Zweistaaten-Lösung und Zugeständnissen an die Palästinenser zuneigt. Nicht ohne Grund kämpft das nationalreligiöse politische Spektrum in Israel zunehmend gegen das, was sie als „militärisches Establishment“ bezeichnen.



Wohin steuert Israel? Premierminister Benjamin Netanjahu verfolgt eine harte Linie. Foto: dpa

Der Fall des israelischen Unteroffiziers Elor Azaria, der einen Messerattentäter, der bereits verletzt am Boden lag, mit einem Kopfschuss getötet hat, ist kein Widerspruch zu der These, dass die Armee im Konflikt eine eher moderierende Rolle einnimmt. Denn die Armee ist ein Spiegel der Gesellschaft. Jene, die zu extremen Haltungen neigen, bilden die Minderheit. Im Übrigen stellt gerade dieser Fall die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates in Israel unter Beweis: Azaria ist im Januar 2017 durch ein Militärgericht schuldig gesprochen worden und seine Behauptung, er habe in Notwehr gehandelt, entkräftet worden.

Die erbitterte Debatte steht indes für eine Entwicklung, die Sorgen machen muss: Verändert sich die israelische Gesellschaft? Während der zweiten Intifada sind zwischen 2000 und 2005 bei Anschlägen mehr als 1000 Israelis getötet worden. Die Tatsache, dass die Mehrheit der Israelis und große Teile ihrer politischen Führung trotz dieser tödlichen Bedrohung trotz an der liberalen Demokratie festgehalten haben, hat viele Beobachter Israels für das Land eingenommen, und seinen Ruf, ein Hafen der Rechtsstaatlichkeit in einem Ozean des Autoritarismus zu sein, gestärkt. Bleibt es dabei?

### Unser Gastautor



Michael Borchard ist Leiter des Auslandsbüros Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Zuvor arbeitete der Politikwissenschaftler unter anderem als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesarchiv und für das Bundeskanzleramt. Seit 2003 ist er bei der KAS Leiter der Hauptabteilung „Politik und Beratung“.

Der Prozess gegen Azaria wurde zum „Schauprozess um Israels Leitkultur“. Setzt sich die liberale und säkulare Armeeführung durch, die den israelischen Streitkräften moralische Standards auferlegt, oder obsiegt der Einfluss der Rabbiner auf die Rekruten? Das Urteil hat die Sicht der Führung bekräftigt, aber die Armee durchläuft längst eine Entwicklung, bei der sich die unteren Offiziersränge zunehmend aus den nationalreligiösen Kreisen rekrutieren und sich an solchen Strömungen orientieren, die den Konflikt langfristig unlösbar machen.

Die Gretchenfrage, die die Gesellschaft spaltet, ist zugespitzt: Was ist der richtige Weg, um die „Intifada der Einzeltäter“ einzudämmen: Abschreckung oder Deeskalation oder die „goldene Mitte“? Ist es effektiv, Häuser von Attentätern zu demolieren, den Angehörigen des getöteten Täters die Leiche vorzuenthalten? Der Täter von Jerusalem wusste, was seiner Familie passiert. Es hat ihn nicht daran gehindert, seinen grausamen Plan auszuführen.

Es gibt keine Rechtfertigung für Terror, aber es wäre naiv, die Tatsache zu ignorieren, dass die Lebensumstände in Ostjerusalem Brutstätten für die Radikalisierung der Hamas bieten. Ostjerusalem wird zum Pulverfass, in dem schon die Lunte steckt: Das Jerusalem Institute for Israel Studies spricht von 81 Prozent der 300 000 Palästinenser und von 86 Prozent der Kinder, die in Ostjerusalem unter der Armutsgrenze leben. Mehr als 50 Prozent der Kinder erwerben keinen Schulabschluss. Auch hier muss israelische Politik deeskalierend ansetzen.

So bedrückend diese Tatsache und die Realität der Siedlungen ist, so sehr der Aussage von Kanzlerin Angela Merkel zuzustimmen ist, dass sie ein Hindernis zum Frieden darstellen, so sehr gilt es aber auch, den Eindruck einseitiger Berichterstattung zu vermeiden, um den Druck ebenso deutlich auf palästinensische Entscheidungsträger aufrechtzuerhalten, sich in wesentlichen Fragen, wie der konsequenten Verurteilung des Terrors aus den eigenen Reihen, zu bewegen. Für die liberalen Kräfte in Israel ist es jedenfalls lebensnotwendig, vielleicht sogar überlebensnotwendig, dass wir dazu bereit sind, die Komplexität der Situation Israels anzuerkennen und uns vor Oberflächlichkeiten zu hüten.

So bedrückend diese Tatsache und die Realität der Siedlungen ist, so sehr der Aussage von Kanzlerin Angela Merkel zuzustimmen ist, dass sie ein Hindernis zum Frieden darstellen, so sehr gilt es aber auch, den Eindruck einseitiger Berichterstattung zu vermeiden, um den Druck ebenso deutlich auf palästinensische Entscheidungsträger aufrechtzuerhalten, sich in wesentlichen Fragen, wie der konsequenten Verurteilung des Terrors aus den eigenen Reihen, zu bewegen. Für die liberalen Kräfte in Israel ist es jedenfalls lebensnotwendig, vielleicht sogar überlebensnotwendig, dass wir dazu bereit sind, die Komplexität der Situation Israels anzuerkennen und uns vor Oberflächlichkeiten zu hüten.

Leseranwalt

Jochen Kampmann

ist Ihr Mann in unserer Redaktion



RZ-Leseranwalt, 56055 Koblenz leseranwalt@rhein-zeitung.net

## In vier Tagen ist der Tag des Donald Trump

Am künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, an dem 70-jährigen Donald Trump, scheiden sich die Geister. Bis zu seiner Amtseinführung am Freitag widmen wir uns in einer Serie dem ziemlich umstrittenen Unternehmer. Einige werden jetzt den Kopf schütteln und sagen: Ja, jetzt schreibt der auch noch davon, dass Herr Trump umstritten ist, und reißt sich ein in die Riege seiner zahlreichen Gegner in den Medien und in der Politik.

Nein, das ist nicht der Fall und ich finde auch, dass wir in dieser Redaktion fair über Donald Trump berichten. So, wie wir es immer machen. Im Fall Donald Trump allerdings manchmal auch mit einer gewissen Fassungslosigkeit. Denn es ist doch so: Er macht es einem sehr leicht, ihn nicht zu mögen. Und darum ist es uns wichtig, Ihnen bis zu seinem Amtsantritt zu schildern, welche Pläne er hat, mit welchen Leuten er sich in seinem Kabinett umgibt.

Schließlich: Donald Trump wird am Freitag offiziell der mächtigste Mann der Welt. Das ist keine Floskel, sondern eine Tatsache. Seine Machtfülle ist beachtlich, und er führt das wirtschaftlich und militärisch bedeutendste Land der Erde an. Wir können nur dazu beitragen, uns ein Bild von ihm zu machen. Der Rest ist abwarten.

Das bringt der Tag

### Gipfel in Brüssel

Treffen der EU-Außenminister – Thema ist unter anderem der Syrien-Konflikt.

### Hoher Gast in Kiew

Der scheidende US-Vizepräsident Joe Biden besucht die Ukraine.

### Wie wohnen wir in Zukunft?

Eröffnung der Baustoffmesse „Bau 2017“

Tweet des Tages

Nach ihrer Funktion als Sprecherin für Menschenrechte übernimmt Frau Steinbach nun ihren neuen Job als Sprecherin für rechte Menschen.

twitter.com/@blume\_bob

Facebook

### Mehr Blitzer im Land

Sebastian Wagner: Wenn die mal da ständen, wo es nötig wäre und nicht nur da, wo es Geld bringt ... Im Ort, vor der Schule, dem Kindergarten, dem Altersheim. Da stehen keine.

Sie finden uns unter facebook.com/rheinzeitung

Video des Tages



### 20 000 singen bei Luther mit

Martin Luther als Musicalstar: Im Jubiläumsjahr der Reformation tourt das Pop-Oratorium „Luther“ durch elf deutsche Städte. Bundesweit wirken mehr als 20 000 Menschen mit. In Hannover sahen und hörten am Samstag 6000 Besucher die Premiere.

Das Video finden Sie unter ku-rz.de/luther